

# Jagd auf Usama bin Laden

von Thomas Ruttig

Usama bin Laden, vom FBI wegen zweier tödlicher Anschläge auf US-Botschaften in Ostafrika im August 1998 an die Spitze der zehn meistgesuchten Verbrecher gesetzt, will sein Zufluchtsland Afghanistan offenbar verlassen. Aus seiner Umgebung sickerte durch, daß der Gründer der internationalen Islamisten-Organisation 'al-Qaida' (die Basis) Asyl in einem anderen Land suche. Die Taleban, unter deren Schutz Usama zuletzt stand, wollten mit "jedem islamischen Land" zusammenarbeiten, daß dem Gesuchten Zuflucht biete, zitierte eine in Pakistan ansässige afghanische Nachrichtenagentur eine anonyme Taleban-Quelle. Die gewöhnlich gut informierte Londoner arabische Zeitung 'al-Hayat' meldete, Usama habe sein letztes Domizil, die Oliven-Farm von Hadda in der Nähe der ostafghanischen Stadt Jalalabad, bereits verlassen.

Beobachter halten ein Ausweichen nach Somalia für möglich, wo Usama-Getreue bereits vor mehreren Monaten gesichtet wurden. Die Umgebung am Horn von Afrika wäre günstig für Usamas Aktivitäten: der Staat ist zusammengebrochen, es regieren Warlords, islamische Shariah-Gerichte haben die Rechtsprechung übernommen. Der aus einer millionenschweren Saudi-Familie stammende Islamistenführer verfügt jedoch auch innerhalb Afghanistans über mindestens neun Ausweichquartiere, darunter einen Höhlenkomplex bei Tora-Bora nahe der Grenze zu Pakistan, ein Wohnhaus in der Taleban-Hauptstadt Kandahar sowie ein Camp in der kargen Gebirgsprovinz Oruzgan, wo Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar geboren wurde.

Vorausgegangen war erheblicher Druck der US-Regierung auf die Taleban, den Gesuchten auszuliefern, eventuell auch in ein Drittland. Dafür kämen Kenia oder Tansania in Frage, wo Usama-Anhänger die letzten Anschläge verübten, bei denen 224 Menschen umkamen.

Bei den jüngsten Afghanistan-Gesprächen in der usbekischen Hauptstadt Taschkent hatte der für Süd-asien zuständige Vizeaußenminister Karl Inderfurth der anwesenden

Taleban-Delegation deutlich gedroht: Die Vereinigten Staaten zögen eine Kooperation und weitere Gespräche zwar vor, seien aber auch zu einer Konfrontation bereit. Im vorigen August hatten die USA als Vergeltung für die Botschaftsanschläge mehrere 'Cruise Missiles' auf Usama-Camps in Afghanistan abgefeuert. Die jetzige Drohung war so deutlich, daß bereits die Familien zahlreicher arabischen Usama-Anhänger Jalalabad fluchtartig verließen, wie die 'Frontier Post' (Peshawar) Ende Juli berichtete.

Usama sieht sich neuerdings auch Gefahren aus dem eigenen Lager gegenüber. Die Gruppe 'Takfir', eine Abspaltung des ägyptischen 'Islamischen Jihad' mit Zellen in Großbritannien, Afrika und Nahost, hat in Pakistan das Todesurteil über Usama verhängt, berichten dortige Zeitungen unter Berufung auf Mitarbeiter arabischer Hilfsorganisationen. Bei Peshawar kursiert ein Flugblatt, das eine Fatwa gegen Bin Laden enthalte, und von den Takfiris unterschrieben sei. Die Takfiri sollen bereits drei Anschläge auf ihn versucht und im Mai den Sohn seines palästinensischen Adjutanten Scheich Abdallah Azzam, der vom 'Islamischen Jihad' stammt, entführt haben. Der Junge wurde freigelassen, sein Entführer darauf mit schweren Schußwunden aufgefangen. Seither habe ein Konflikt zwischen beiden Gruppen bereits für mehrere Todesopfer gesorgt. Deshalb wechselte Usama inzwischen seine Leibgarde aus. Anstelle afghanischer Taleban bewachen ihn nun Mitglieder seiner 'Brigade 055'.

Auch die Palästinensergruppe von Abu Nidal soll angeblich Usama bin Laden jagen. Dies berichtete die BBC am 23. Juli unter Bezug auf die Londoner Zeitung 'Al-Sharq al-Awsat', die wiederum PLO-Mitglied Khalil al-Zibn zitierte, der die 'Palestinian Human Rights Association' in Gaza leitet.

Wie wichtig der Fall Usama bin Laden für die USA ist, zeigen die letzten Wochen. Erst setzte das 'State Department' fünf Millionen Dollar als Prämie für Informationen aus, die zu bin Ladens Verhaftung führen, im Juni setzte ihn das FBI

an die Spitze der '10 Most Wanted' Personen. Schließlich verbot Präsident Clinton alle Wirtschaftsbeziehungen mit den Taleban.

Aber Usama hat auch weiterhin viele Freunde. In Jalalabad und Khost fanden von den Taleban organisierte Demonstrationen für Usama statt. Die pakistanische Islamistenpartei 'Jamiat-i-Ulema Islam' drohte auf zwei eigenen Massenveranstaltungen in Karachi und Peshawar, daß "islamische Kräfte" zurückschlagen würden, wenn die USA Afghanistan angriffen. Im ostafghanischen Khost und in Flüchtlingslagern in Pakistan soll der Name Usama derzeit sogar der Renner bei der Namensgebung für Neugeborene sein.